



Witten im AUFbruch

Inhalt

1/2	Welche Politik?
3/4/5	Das meint der Leser
6/7	Kontra Müllverbrennung
8/9	Stadtwerke
10	Widerstand in Witten
11	AUF geht's
12	Für eine echte Alternative

Februar 2009

Ausgabe 1/2009

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

Die Politik von AUF Witten

Interview mit Ratsmitglied Achim Czulwick (AUF Witten)

Das Interview führte Romeo Frey

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt sicher die Hoffnung, dass die Weltwirtschaftskrise durch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung schnell in eine positive Wirtschaftsentwicklung führt. Mehr als Hoffnung ist das nicht. Die Politik vor der Weltwirtschaftskrise hat die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht. Diese Umverteilungspolitik wird in der Krise mit anderen Mitteln fortgesetzt. 500 Milliarden für die Banken zeigen, dass die Kassen nicht leer sind.

Die Umverteilungspolitik wird die Verschuldung der Stadt Witten dramatisch steigern. Dann werden wir wieder hören, dass "gespart" werden muss. Doch für wen und was? AUF Witten kandidiert 2009 zum zweiten Mal für den Rat der Stadt: welche Politik will das überparteiliche Bündnis in dieser Situation verfolgen? Dazu sprachen wir mit Achim Czulwick.



So nicht! Abriss des Stadtbades

Der Schein trügt

Romeo Frey (RF): *Krise? In Witten scheint sich doch was zu tun, City-Center, Busbahnhof ...*

Achim Czulwick (AC): Da trügt der Schein. Ein neues Citycenter oder ein neuer Busbahnhof bedeuten doch nicht mehr Kaufkraft. Man kann die Wirtschaft nicht fördern, wenn man den Leuten die

Arbeit nimmt und das Einkommen kürzt. In Folge der Krise steht fest, **die Gewerbesteuer und die anderen Einnahmen der Stadt werden einbrechen. Die Kosten für Kredite werden steigen.** Die wachsende Arbeitslosigkeit wird zu mehr Hartz IV-Empfängern führen, weil das Arbeitslosengeld I maximal ein Jahr gezahlt wird. Das Überleben der Uni ist nicht sicher. Die Stadt hat aber für die neuen runden Gebäude, das sogenannte ZBZ, gebürgt. Zahlt die Uni ihren Anteil nicht, sitzt die Stadt auf den ganzen Kosten für den Bau. **Das ist die Realität für 2009.**

RF: *Was ist mit dem Konjunkturprogramm, profitiert Witten nicht davon? Es soll doch Geld für Sanierung der Schulen und Straßen geben ...*

AC: Die Gelder aus Berlin für die Kommunen sind daran gebunden, dass die Stadt einen Eigenanteil zahlt.

Für 8,8 Mio. € muss die Stadt ab dem Jahr 2012 1,1 Mio. € innerhalb von 10 Jahren zurückzahlen. Das heißt, **der Eigenanteil der Stadt muss über eine Neuverschuldung finanziert werden.**

Es ist doch überhaupt der tiefere Grund des Konjunkturprogramms, **die Kreditwirtschaft anzukurbeln.** Das ist im Übrigen auch der Zweck der Abwrackprämie für das alte Auto. Ohne einen Kredit kann sich heute kaum einer ein neues Auto leisten. So oder so, den Banken wird frisches Geld verschafft ...

Das Geld ist da ...

RF: *Aber es wird doch saniert, zumindest in einem kleinen Umfang ...*

AC: Das ist richtig und auch zu begrüßen. Aber auch hier darf die Realität nicht verdrängt werden.

Die Verschuldung der Stadt hat immer zwei Seiten. Einmal die Schuldensumme von über 300 Millionen Euro. Die Wirkung dieser Verschuldung ist, dass **notwendige Investitionen unterbleiben.** So beobachten wir den Zerfall öffentlicher Gebäude und Einrichtungen, von Straßen und Wegen. **Der Substanzverlust kommunalen Eigentums muss auf die Verschuldung noch draufgerechnet werden.**

bitte umblättern



Ratsmitglied
Achim Czulwick

Reserveliste von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

1. Achim Czulwick ♦ 2. Herbert Schlüter ♦ 3. Gregor Duve ♦ 4. René Schlüter ♦ 5. Renate Dietze ♦ 6. Anke Suttrop ↗

Fortsetzung von Seite 1

...aber nicht da, wo es gebraucht wird!

RF: Was würde denn an Summen gebraucht?

AC: Den Banken wurden 500 Mrd. € zugesagt. Dabei hätten schon 250 Mrd. € für die Kommunen gereicht, um alle kommunalen Schulden zu tilgen und den Investitionsstau aufzuheben. Aber nein, die Schulden bleiben und die Banken bekommen das Geld ohne Gegenleistung, um ihre Spekulationsverluste auszugleichen.

RF: Was bedeutet das für die Kommunalpolitik?

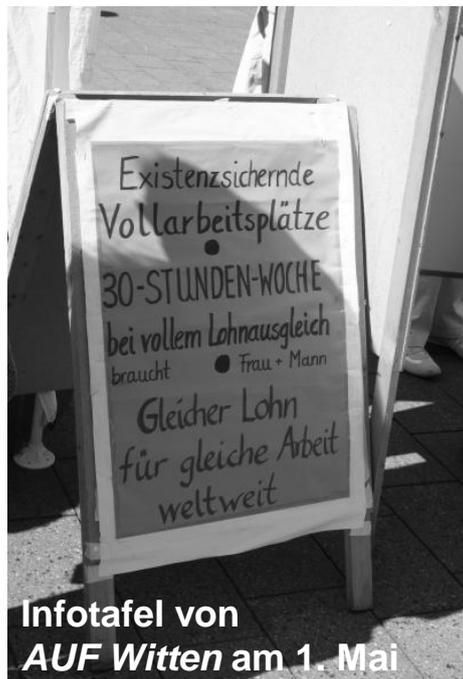
AC: Profitsicherung um jeden Preis kann die Kommunalpolitik alleine nicht bekämpfen. Aber wir können aufbegehren gegen eine weitere Umverteilung und verhindern, dass die Lasten der Krise auf die Menschen abgewälzt werden.

RF: Und wie?

AC: Auf zwei Wegen:

Zinsmoratorium

Seit langem fordert *AUF Witten* ein **Zinsmoratorium**. Das bedeutet die **Einstellung der Zinszahlungen**, bis der Investitionsstau überwunden ist, bis die Kindergärten und Schulen vernünftig ausgestattet sind, bis genügend Menschen in der Kinderbetreuung beschäftigt sind, bis der Umstieg in eine alternative Energieversorgung der Stadt erreicht ist.



Das Zinsmoratorium ist sinnvoll, weil so das Geld, anstatt in die Spekulation abzufließen, der Stadt zu Gute kommt.

RF: Und der zweite Weg?

Politisch selbständige Bewegung von unten

AC: Der zweite Weg, den *AUF Witten* verfolgt ist ein **neuartiges Politikverständnis**. Das überparteiliche Personwahlbündnis *AUF Witten* ist eine Selbstorganisation, finanziell und parteipolitisch unabhängig und selbst organisiert von den Mitgliedern. *AUF Witten* kann nur als **politisch selbständige Bewegung** stark sein. Natürlich wäre es gut, diesmal mit **mindestens zwei Ratsmitgliedern eine Fraktion bilden zu können**, die Antragsrecht besitzt.

Eine Fraktion von *AUF Witten* kann aber nur so stark sein, wie die Bewegung, die diese trägt. Deshalb verstehen sich die Kandidaten von *AUF Witten* als **neue Politiker und Sprachrohr** dieser Bewegung und legen ihr gegenüber Rechenschaft ab.

Für eine rebellische Forderung wie das Zinsmoratorium braucht es mehr als nur eine Stimmen-Mehrheit im Rat. Da ist ein enormer politischer Druck aufzubauen mit Demonstrationen und Kundgebungen,

um die Gesetzeslage zu ändern – nicht nur in Witten. **Es ist von großer Bedeutung, dass *AUF Witten* Teil einer sich bundesweit ausbreitenden überparteilichen kommunalen Bewegung ist.**

Bürgermeister/in?

RF: Warum stellt *AUF Witten* keinen eigenen Bürgermeisterkandidaten?

AC: Das kommt für uns noch zu früh. Ein alternativer Bürgermeister, den wir personell anbieten könnten, kann sich nur dann mit Düsseldorf und Berlin anlegen, wenn er eine große Masse der Menschen in Witten hinter sich weiß.

Wir sind realistisch genug um zu erkennen, dass wir so weit noch nicht sind. Dennoch kann ich folgendes mit Sicherheit sagen.

Gleich wer aktuell 2009 Bürgermeister wird, an der bisherigen Politik und ihren Zielen wird sich nichts ändern, die Notwendigkeit einer Alternative wird bleiben.

AUF Witten hat den Entschluss gefasst, alles daran zu setzen, bei der nächsten Wahl eine/n Bürgermeister/in aufzustellen, der/die eine wirkliche Alternative verkörpert. Es wird mit Sicherheit spannend in den nächsten Jahren.

RF: Vielen Dank für das Gespräch.

Reserveliste von *AUF Witten* zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

7. Romeo Frey ♦ 8. Peter Spyrka ♦ 9. Peter Frey ♦ 10. Andrea Neuber ♦ 11. Ulrich Wagner ♦ 12. Ruth Schlüter ☞

Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)



Behindertes Kind krass benachteiligt

Ich bin alleinerziehend mit zwei Kindern. **Meine Tochter ist 9 und mein Sohn ist 7 und körperbehindert. Er hat einen Ausweis 80% GdB und Pflegestufe I.**

Jetzt habe ich für ihn ein Dreirad beantragt, weil er mit einem normalen Fahrrad ja nicht fahren kann. Das Teil wurde genehmigt, aber ich soll 255 € Eigenanteil aufbringen, weil man ja einem gesunden Kind auch ein Fahrrad kaufen würde.

Wer kann denn mit Hartz IV seinem Kind ein Fahrrad für 255 € kaufen?

Ich habe überall nachgefragt, bei der Jobagentur, bei der Krankenkasse und beim Sozialamt. **Es gibt keine Zuschüsse.** Da ich Privatinsolvenz anmelden musste, kann ich keine Ratenzahlung vereinbaren, also wird mein Sohn kein Fahrrad bekommen weil ich es mir nicht leisten kann.

Da sagen die, man soll nicht schlechter gestellt sein, weil man ein behindertes Kind hat und dann sowas. Irgendwas stimmt doch mit unserem System schon lange nicht mehr. Dann habe ich bei der JobAgentur den Behinderten-Zuschlag von 17 % für meinen Sohn beantragt, der ihm nach § 28 SGB II zusteht, und er wurde mit der Begründung abgelehnt, dass mein Sohn das 15. Lebensjahr noch nicht beendet hat.

Davon steht aber nichts im Gesetz. In dieser Sache habe ich jetzt einen Anwalt eingeschaltet. Mal sehen was dabei rauskommt. Es ist aber auf jeden Fall so, dass man wirklich allein gelassen wird von den Behörden. Keiner ist zuständig und keiner hat Ahnung. **Fakt ist aber: man muss**

für alles kämpfen und man darf sich nicht einfach abweisen lassen.

Andrea Neuber, Witten

Cross-Border-Leasing Geschäfte riskant

Im Jahr 2003 hat die Stadt Bochum ihr Kanalnetz an einen amerikanischen Investor veräußert. Durch einen Bürgerentscheid sollte dieses Cross-Border-Geschäft noch verhindert werden.

Bei dem Bürgerbegehren kamen weit mehr als die erforderlichen Unterschriften zusammen. Doch bevor es zu dem Bürgerentscheid kommen konnte, wurden von Rat und Verwaltung Fakten geschaffen und der Vertrag mit dem amerikanischen Investor von der damaligen Kämmerin und heutigen Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum Ottilie Scholz unterzeichnet. **Jetzt bekommt die Stadt Bochum die Quittung dafür.**

Die Berichte in der Presse machen doch sehr deutlich, mit welchen Risiken solche Cross-Border-Leasing-Geschäfte verbunden sind.

Dirk Adamczak, Bochum



Holzauge sei wachsam!

Marion Wagner / pixelio.de

Anmerkung der Redaktion:

Bis zum 15.01.2009 musste die Stadt Bochum mit **90 Millionen Euro** einspringen. Der entsprechende Nachtragshaushalt ist mit der rot-grünen Ratsmehrheit Ende 2008 verabschiedet worden. Damit soll eine "Garantie-



erklärung" für die amerikanischen Geschäftspartner der Stadt Bochum finanziert werden und zwar durch **US-Staats-Anleihen!** Ob die Ratsmitglieder wenigstens dieses Mal das Kleingedruckte **vor der Abstimmung** gelesen haben? (Die Informationen dazu erhielten wir dankenswerter Weise von der **Bürger-Initiative Kontra Kohle-Kraftwerk Lünen**)

Verschuldung verharmlost

Ende 2007 erreichte der Schuldenberg der Stadt Witten **245 Mio.€** und nicht wie von Herrn Kleinschmidt angegebenen **155 Mio.**

(nachzulesen im Flächennutzungsplan der Stadt Witten, der vom 14.10.2008 an öffentlich auslag)!

Der Stadtkämmerer sollte davon ausgehen, dass der mündige und politisch interessierte Bürger lesen kann und sich nicht auf mündliche Aussagen von Verwaltungsangestellten verlässt.

Während Herr Kleinschmidt für 2009 mit einem ausgeglichenen Haushalt rechnet, wissen die Bürgerinnen und Bürger heute bereits, dass auf Grund der Finanzkrise, die auch vor Witten leider nicht halt macht, dieses Ziel nicht erreichbar ist.

Ob ein Stadtkämmerer mit Unverständnis auf mögliche Tendenzen bei den Politikern schaut, die aus der Verantwortung heraus Baupläne für den Sportplatz Erlenbruch mit spitzen Fingern anfassen, um diese möglicherweise zurückzustellen, lässt darauf schließen, dass Herr Kleinschmidt offensichtlich seine Hausaufgaben nicht erledigt hat.

Die Stadt Witten und die Politiker sind in der Zwischenzeit informiert, dass nur bei einer **kompletten Vermarktung** des Sportplatzes Erlenbruch ein Erlös von ca.

bitte umblättern

Reserveliste von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

13. Hüseyin Çolak ♦ 14. Nadine Frey ♦ 15. Joachim Fricke ♦ 16. Melitta Banze ♦ 17. Berta Rempel

Das meint der Leser Fortsetzung von Seite 3

2,5 bis 3 Millionen Euro erzielt werden kann; um aber zunächst die Bebaubarkeit dieses Platzes herzustellen, ist mindestens ein Betrag von 4 bis 4,5 Millionen erforderlich! **Also schon wieder ein Millionengrab?**

Verantwortungsbewusste Politiker wissen das und vergleichen daher nicht den stark bergbaugeschädigten Erlenbruch mit irgendeinem anderen Sportplatz. Und noch etwas sollte Herr Kleinschmidt wissen: Die Entscheidungsträger sind die Politiker dieser Stadt und diese werden von den Bürgerinnen und Bürgern zur Verantwortung gezogen, wenn „fertige geschnürte Pakete“ geschlossen bleiben, obwohl die Entscheidungsträger die Risiken aus solch einem Paket kennen.

Politische Äußerungen eines Stadtkämmerers sind hier völlig fehl am Platz – er hat gefälligst das zu tun, was die Politik ihm aufgibt!

Hans-Georg Siebers, Witten



Peter-Martin Schledde / pixelio.de

Anliegen berechtigt

Aus dem Schreiben von Ratsmitglied Achim Czylick (AUF Witten) an Frau Nusswald und Herrn Siebers (Bürgerinitiative Erlenbruch) vom 02.12.2008:

Vielen Dank dafür, dass Sie mir den Einspruch gegen die Bebauung des Sportplatzes Erlenbruch zugesandt haben.

Der Einspruch und die entwickelten Argumente sind in jeder Hinsicht stichhaltig. Sie belegen darin, dass es der Verwaltung nicht um die weitere städtebauliche Entwicklung in Rüdinghausen geht, sondern nur um die Sanierung des Haushaltes.

Dass die Stadt soziale und ökologische Aspekte relativiert und zum Teil übergeht, ist auch keine neue Erscheinung.

So beteiligt sich die Stadt am Bau eines neuen Kohlekraftwerkes, betreibt mit der Fusion der Stadtwerke Witten/Herne die Gründung einer Aktiengesellschaft, hat die Grundschule in Durchholz geschlossen, beabsichtigt die Schließung von weiteren Jugendhäusern wie auch die Einengung der Sportförderung.

Die Haushaltssanierung gefährdet in der Tat die allgemeine Lebensqualität in der Stadt. Das große Projekt *Witten 2020*, das sicher einzelne interessante Details hat, vielleicht auch ein richtiges Grundanliegen, ändert daran nichts.

Zudem ist davon auszugehen, dass die Verschuldung der Stadt weiter steigen wird. Mit der Verschuldung, so zeigen alle Erfahrungen, steigt der Druck, weitere Privatisierungen durchzuführen.

Insofern kann ich von meiner Seite aus sagen, dass ich eine solche Bebauung des Sportplatzes nicht befürworten werde.

Über die Bürger hinweg

Aus dem Schreiben der „Bürgerinitiative gegen die Bebauung östlich Kleinherbeder Straße“. Für dieses Gebiet ist die Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Ausschuss für Stadtentwicklung beschlossen worden. Der regionale Grünzug wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates im Februar/März als Bauland ausgewiesen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erlaube mir, Sie als Fraktionsvorsitzende stellvertretend für alle Ratsmitglieder anzuschreiben und Sie darauf hinzuweisen, dass Sie im Falle eines erneuten Ratsbeschlusses für eine Wohnbaufläche *„Östlich Kleinherbeder Straße“* die erfolgte Bürgerbeteiligung



mit Füßen treten und die Grundlage für eine **rechtswidrige Bauplanung** schaffen. ...

Zitat Frau Leidemann aus dem Newsletter Nr. 27 der Stadt Witten:

„Es hat wohl bislang kein Projekt mit ähnlicher Breitenwirkung und noch mehr Bürgerbeteiligung gegeben als Unser Witten 2020.“

Mit dieser Ansicht liegt unsere Frau Bürgermeisterin bei der größten neuen Wohnbaufläche in Heven **leider zu 100 Prozent daneben**, denn eine beginnende lebhaftere Diskussion über diese Fläche wurde am 8. Oktober 2007 öffentlich von Planungsamtsmitarbeitern mit dem Hinweis abgewürgt, dass dieses Gebiet so nicht im FNP ausgewiesen werde und es nur ein Planspiel für eine Mobilisierungsreserve sei.

Dann muss man als Bürger erfahren, dass der Rat der Stadt Witten in seiner Sitzung vom 25.08.2008 auf Antrag der Grünen (!) und vorausgehend der CDU das genaue Gegenteil der Verwaltungsvorlage beschließt. **Diese völlige Abkehr von den – mit den Bürgern erarbeiteten – Planungsvorschlägen wird mit keinem Wort inhaltlich begründet**, es heißt einfach *„politische Entscheidung“*. So einfach ist das!!

Wissen Sie eigentlich, wie politisch verheerend ein solcher Umgang mit dem Bürger ist?

Die Politik beklagt die allgemeine Politik-

Fortsetzung nächste Seite



Peter-Schmidt / pixelio.de

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

11 Innenstadt Nordost: Peter Frey ♦ 12 Innenstadt Südwest: Achim Czylick ♦ 13 Innenstadt Nordwest: Hüseyin Çolak ↗

Das meint der Leser Fortsetzung von Seite 4

verdrossenheit der Bürger, gerade auch im kommunalpolitischen Bereich. ...

Sie tun mit Entscheidungen wie hier alles, um diese Politikverdrossenheit und damit den Anteil der Nichtwähler bei der nächsten Wahl noch weiter zu erhöhen.

Wie oft habe ich mir in den letzten Tagen und Wochen von Mitbürgern Sätze anhören müssen wie: "So ist das eben!", "Die Politiker machen eben doch, was Sie wollen." Sind solche Sätze nicht furchtbar?

Man muss als Politiker doch in der Lage sein, offen und ehrlich mit dem Bürger umzugehen. Wenn der Rat in einer solch wichtigen Angelegenheit – es handelt sich um eine der größten geplanten Wohnbauflächen mit erheblichen Einschnitten in praktisch allen Bereichen – beabsichtigt, von den bisherigen Planungsergebnissen völlig abzuweichen, so muss er das doch mit dem Bürger diskutieren. Man kann doch über alles reden, es müssen aber inhaltliche Argumente ausgetauscht werden.

Ich glaube nicht, dass Sie zuhause mit Ihrer Familie so umgehen, wie Sie es hier mit dem Bürger tun.



Klaus-Uwe-Gerhardt / pixello.de

Ihr Verhalten gibt jede Menge Raum für Spekulationen: Man fragt sich als Bürger, warum der Rat so mauert. Was spielt sich hinter diesen Mauern ab? Sind vielleicht Ratsmitglieder persönlich betroffen? Wohnen Ratsmitglieder oder Ihre Angehörigen vielleicht in Bereichen, die nach dem Ratsbeschluss vom 25.08.2008 jetzt in die Mobilisierungsreserve zurückgestellt wurden? Sind vielleicht Zuwendungen an die Parteien oder ihr nahe stehende Organisationen erfolgt? All das sind Dinge, die man als Bürger wird beobachten müssen.

Ich finde es einfach unwürdig für ein politisches Gremium wie den Rat der Stadt Witten, dass er Raum für solche Spekulationen gibt.

Eine Bebauung entsprechend Ihres Beschlusses wäre rechtswidrig.

Man braucht in diesem Zusammenhang nur die Begründung des Beschlussvorschlags der Grünen vom 13.08.2008 zu lesen, in der es heißt:

"Die Ausweisung einer neuen Wohnbaufläche im Bereich 'Östlich Kleinhedder Straße' widerspricht den Grundsätzen des STEK (Stadtentwicklungskonzept – die Red.) diametral, da durch dieses Vorhaben ein Regionaler Grünzug berührt, klimatisch sensible Flächen überbaut, unverbrauchte Böden zerstört und Ausgleichsflächen für das Frackmannsfeld in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden."

Gleichwohl wird dann **"unter Zurückstellung erheblicher Bedenken"** zugestimmt und werden zwei Bedingungen für eine Bebauung formuliert:

(1) Die Grenzen des allgemeinen Siedlungsrechts entsprechend dem Regionalplan seien einzuhalten. Was soll diese Bedingung? Sie versteht sich doch von selbst oder herrscht im Rat der Stadt Witten die Meinung vor, der Regionalplan sei nicht zu beachten zumindest im Rahmen der notwendigen Abwägung?

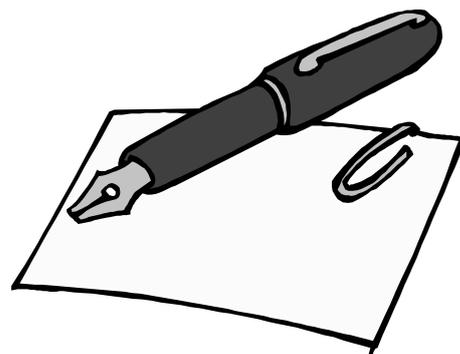
(2) Eine Bebauung nördlich der Voedestraße sei grundsätzlich auszuschließen. Was soll diese Bedingung? Es gibt doch für eine Bebauung nördlich der Voedestraße – nämlich Wiesenplesken – einen Bebauungsplan. Soll der zurückgenommen werden?

Der Rat der Stadt Witten hat in seiner Sitzung vom 25.08.08 diesen Beschlussvorschlag der Grünen (u.a. mit der genannten Begründung) angenommen.

Damit hat er eine Wohnbaufläche ausgewiesen, die nach seiner eigenen Begründung den Grundsätzen des STEK widerspricht, wobei die gemachten Einschränkungen sich von selbst verstehen und deshalb nicht wirklich relevant sind. Dass die damit abgeseignete Bebauung rechtswidrig sein wird, ist mit den Händen zu greifen. Und sofort stellt sich wieder die Frage nach dem **Warum der Ratsentscheidung**. ...

Geben Sie den Bürgern zumindest die Möglichkeit zu einer erneuten Anhörung und Diskussion und **"winken"** Sie die Beschlüsse nicht einfach **"durch"**. Der Bürger wird es Ihnen danken, vielleicht schon bei der demnächstigen Kommunalwahl.

Helmut Schlenkermann, Witten



Wichtige Zahl wird verschwiegen

Im kommunalen Haushalt spiegelt sich die soziale Schieflage in unserem Land natürlich wider. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer. Dass ist das Ergebnis einer **vorsätzlichen Politik**.

Die Bundesregierung hat die Kosten für das Hartz IV-Gesetz auf die Kommunen abgewälzt. Das Motiv, sich so der kommunalen Gelder zu bedienen, war die Umverteilung von unten nach oben. Der Bund schaffte sich damit Spielraum für Steuererleichterungen für große Unternehmen und Banken. Nur – so klar und eindeutig sagt das keiner der verantwortlichen Politiker.

Die Bürgermeisterin verschweigt zudem eine weitere Quelle der Verschuldung der Stadt. **Zinsen für Kredite in Höhe von über 13 Millionen € werden jährlich fällig.** Dabei sind die Zins- und Tilgungsvereinbarungen so, dass die aufgenommenen Kredite insgesamt **sechsmal** zurückgezahlt werden. Das reißt wirklich Löcher in die Stadtkasse.

Ein **Zinsmoratorium**, das heißt die zeitweilige Aussetzung oder Reduzierung der Zinszahlungen an die Banken, würde die finanzielle Situation der Stadt jährlich um einige Millionen Euro verbessern. **AUF Witten** tritt seit langem dafür ein.

Das um so mehr, wenn bedacht wird, wie viele Milliarden die Banken auch von diesem kommunalen Geld mit ihrer Spekulation verbrannt haben.

Wie viel Schulen und Jugendeinrichtungen hätten mit dem verzockten Geld erhalten und ausgebaut werden können!

Diese Gelder für die Bedürfnisse der hier lebenden Menschen einzusetzen, ist wichtiger und allemal perspektivischer, als die bisherige Praxis vorrangig die Banken zu bedienen.

Achim Czulwick, Witten

Umweltverbrechen Müllverbrennung

Profitorientierte Kehrtwende in der Müllpolitik auf Kosten von Bürgern und Umwelt

Von René Schlüter, Mitglied im Vorstand und in der Umwelt-AG von AUF Witten

In den letzten ca. fünf Jahren ist es in unserem Staate und auch besonders in unserem Bundesland zu riesigen Anstrengungen bei der Planung, der Genehmigung und dem Betrieb von neuen Müllverbrennungsanlagen und beschönigend so genannten Ersatzbrennstoffverbrennungsanlagen (Kraftwerke, in denen nur Müll oder zum Teil Müll verbrannt wird) gekommen, die die Verwertungskapazität dieses Müllwirtschaftszweiges mehr als verdoppeln. Im Vergleich zum von uns befürworteten Kryo-Recycling hier einige ökologische, ökonomische, umweltmedizinische und energetische Fakten zum Thema.

Ökologisch katastrophal

Unter **ökologischen Gesichtspunkten** fällt zuerst der signifikante Gegensatz zwischen dem **rohstoffhaltenden** und **umweltentlastenden** Recycling und dem **rohstoffentwertenden** und unter ganzheitlichen Gesichtspunkten **umweltbelastenden** schlichten Müllverbrennen auf.

Dieser ist ein Gegensatz in der generellen Herangehensweise: Recycling ist eine langfristig mit Müllvermeidung einhergehende Reaktion auf die zum Ende des 20. Jahrhunderts immer deutlicher gewordene Müllproblematik unserer Gesellschaft; Müllverbrennung nur

der Versuch, wirtschaftlichen Gewinn aus diesem Problem zu ziehen, ohne dieses langfristig lösen zu wollen.

Müllvermeidung würde sogar niedrigere Gewinne der Betreibergesellschaften nach sich ziehen.

Die von vielen Befürwortern der Müllverbrennung häufig ins Feld geführten die Umweltbelastung reduzierenden Verbesserungen an Müllverbrennungsanlagen (MVAs) können unter kritischer Begutachtung nur leidlich bestehen. So hat es sich zum Beispiel gezeigt, dass die Ausstattung vieler MVAs mit Rauchgasreinigungsanlagen die Belastung der Abgase zwar senkt, dieses allerdings nur auf Kosten einer höheren Belastung der eh schon eine Deponierung erfordernden

bei der Müllverbrennung anfallenden Schlacken.

Auch die angeblich durch MVAs erreichte Reduzierung der Müllmenge um bis zu 30 % ist nur schwer haltbar, wenn man in Betracht zieht, dass der Mülloutput (Schlacken und Abgase) zum Teil sogar höher ist als die eingebrachte Müllmenge (Müllinput).

Zum Abschluss der rein ökologischen Gesichtspunkte sei noch kurz auf die mit jedem Verbrennungsprozess und damit auch mit der Müllverbrennung einhergehende Erhöhung des CO₂-Ausstosses in unsere Atmosphäre verwiesen.

Ökonomisch gut für Betreiber

Unter **ökonomischen Gesichtspunkten** fällt zu diesem Thema zuallererst der **krasse Gegensatz** auf zwischen ständig steigenden Müllgebühren für die Bürger, die zu großen Teilen in MVAs fließen, und zum Teil dreistellige Millionenhöhen erreichenden Extragewinnen der privaten Betreibergesellschaften von MVAs (ZDF-FRONTAL 21, 2008).

Eine weitere interessante Tatsache ist, dass schon Ende 2006 die Kosten für das Recycling von einer Tonne Müll bei durchschnittlich 100 Euro lagen, die für das Verbrennen der gleichen Menge Müll jedoch bei durchschnittlich 174 Euro (PROGNOS-INSTITUT).



Fortsetzung auf Seite 7

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

16 Pferdebach Südost/Innenstadt: Herbert Schlüter ♦ 17 Schellingstraße/Krumme Dreh/Neuer Weg: Ulrich Wagner ↗

Fortsetzung von Seite 6

Umweltmedizinisch gefährlich

Umweltmedizinisch gesehen sind MVAs trotz der schon vorher beschriebenen Verbesserungen in den letzten Jahren weiterhin als sehr bedenklich einzuschätzen.

So mögen die bis in die 90er Jahre deutlich nachweisbaren gesundheitlichen Risiken für Mitarbeiter und Anrainer von MVAs (STUDIE, UNIVERSITÄT EXETER) in den letzten Jahren zwar zurückgegangen sein, was aber zum Beispiel durch die technische Unmöglichkeit der Rauchgasfilterung von Feinstäuben unterhalb einer Größe von 2,5 Mikrometern oder durch die in einigen Ländern gepflegte Nutzung der mit Dioxinen und Schwermetallen hoch belasteten Schlacken im Straßenbau deutlich konterkariert wird.

Ein weiteres umweltmedizinisches Problem im Bezug auf die Müllverbrennung ist die oftmals getätigte Grenzwert-

orientierung am technisch und gewinnorientiert Möglichen und nicht etwa an den Umweltgiftbelastungsgrenzen der Menschen oder gar der Kinder, Alten und Kranken.

Energetisch unsinnig

Zuletzt nun kurz ein Blick auf die Müllverbrennung unter **energetischen Ge-**



sichtspunkten. Hierzu mag man zwar unbedarft anfügen, dass die Verbrennung

von Müll in MVAs doch sogar Strom und Fernwärme und damit Energie produziert, wenn man jedoch die vorher zur Produktion der zu verbrennenden Produkte eingebrachte Energie in diese Gleichung einbringt zeigt sich, dass in MVAs eher Energie zerstört als etwa gewonnen wird.

Resümee

Müllverbrennung ist im Gegensatz zum Recycling kein langfristiger Lösungsansatz für das Müllproblem unserer Industriegesellschaft, sondern nur ein Versuch, aus diesem Problem privatwirtschaftlichen Gewinn zu ziehen und damit sogar unter ökologischen, ökonomischen, umweltmedizinischen und energetischen Gesichtspunkten noch neue Probleme zu schaffen.

Als letztes sei noch auf den heiß diskutierten Müllimport aus Neapel und den versuchten Giftmüllimport aus Australien zur MVA Herten verwiesen, die nicht etwa im Interesse der Bürger unseres Landes geschahen sondern im Interesse von hohen Renditen der privaten Betreibergesellschaften unserer MVAs.

Nachtrag: AKWs sind gesundheitsschädlich

Da auch die Mitarbeiter von *Witten im AUFBRUCH* nur Menschen sind, wurde der Artikel zur Atomenergie in der vorletzten Ausgabe leider nicht vollständig veröffentlicht. Die fehlenden Anteile finden sie nun hier :

Zum Thema der gesundheitlichen Folgen für die Mitarbeiter, aber auch für die Umgebung der Urangewinnung sei nur auf das deutsche Beispiel WISMUT Aue verwiesen.

Zu den Folgen der Atomenergieerzeugung für die Gesundheit der näher oder weiter entfernt lebenden Menschen sei nicht nur auf so genannte Störfälle (Tschernobyl, Harrisburg, Biblis, Krsko, und zuletzt auch in verschiedenen AKWs in Frankreich, etc.), sondern auch auf die Gesundheitseffekte im "Normalbetrieb" zu verweisen.

So sei als Beispiel hier nur die Gemeinde Geesthacht in der Elbmarsch in der Nähe des AKWs *Krömmel* und einer ehemaligen Kernforschungsanlage



der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt genannt.

In dieser Gemeinde zeigte sich zu Beginn der neunziger Jahre ein abrupter Anstieg der Leukämiefälle bei Kindern und bis heute zeigt sich im Umkreis von fünf Kilometern das

Leukämievorkommen dreifach erhöht (1)

Zu den gesundheitlichen Folgen der Atommüllaufbereitung sei nur auf belegte hohe Atomemissionen in der Nähe der Wiederaufbereitungsanlagen Sellafield und Dounreay in Grossbritannien bzw. La Hague in Frankreich und auf die aktuellen Probleme des Forschungsendlagers ASSE 2 verwiesen.

Die gesundheitlichen Folgen der Atommüllagerung sind eng verbunden mit den unabsehbaren Problemen der Endlagerung.

Der ganze Artikel ist auch auf der Homepage unter www.auf-witten.de Witten im AUFbruch Nr. 3/2008 nachzulesen.

(1) (Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake in: „Dokumentation 4. Offene Akademie 2007“

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

18 Oberdorf/Husemann/Helenenberg: Andrea Neuber ♦ 31 Stockum West/Düren: Sabine Tieben
32 Stockum Ost: Nadine Frey ♦ 41 Annen Nord: René Schlüter ♦ 42 Annen Mitte Nord: Ruth Schlüter

Witten braucht eigene Stadtwerke:

weder als Profitquelle auswärtiger Energiekonzerne, noch als Selbstbedienungsladen für Privilegierte, sondern als Garant für eine kostengünstige und qualitativ gute ortsnahe Versorgung

von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten



Rekommunalisierung statt Privatisierung

Ein neuer Trend entwickelt sich in Deutschland: **Rekommunalisierung statt Privatisierung. Rebellische Bürgermeister quer durch die ganze Republik kündigen Konzessionsverträge mit Energieversorgungskonzernen.** Denn angesichts klammer kommunaler Kassen wird deutlich, dass **Versorgung in Eigenregie wesentlich günstiger ist.** Auch wird das kommunale Eigentum viel besser gepflegt. Als Ahrensburg bei Hamburg das Gasnetz von Eon.Hanse übernahm, wurden die Gasleitungen teilweise nur noch vom Rost zusammengehalten!

Wittener Politik doppelzüngig

In Witten dagegen wird die offizielle Politik, allen voran die der SPD, nicht



müde, gegen die Privatisierung Stellung zu beziehen. **In Wahrheit aber führt die verfolgte Politik geradewegs dahin. Das beste Beispiel für diese Doppelzüngigkeit sind die Stadtwerke.**

Seit Jahren weist *AUF Witten* beharrlich auf Missstände und Personalführungsprobleme bei den Stadtwerken Witten (SW) hin. Die Aufsicht unter Vorsitz der Bürgermeisterin bzw. ihres Vorgängers durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke hat nicht nur **kläglich versagt.** Die Praxis unkontrollierter Sponsoren- und Spendentätigkeit sowie nicht nachvollziehbarer Vergütungen, Leistungen und Privilegien an einen gewissen Angestelltenkreis bei mangelnder Fachkompetenz wird sogar bis zum heutigen Tage regelrecht **abgesegnet.**

Dem Ratsvertreter Achim Czylwick (*AUF Witten*) wird von der Bürgermeisterin mit der fadenscheinigen Begründung, die Stadtwerke seien eine GmbH, jegliche Einsichtnahme verwehrt, **es gibt für den Wittener Bürger keine Transparenz!** Dabei wurden unsere sachlich vorgebrachten Kritiken bis heute nicht widerlegt!

Geplatzte Fusion: eine Provinzposse zu Lasten der Verbraucher

Wie bekannt lehnten der Aufsichtsrat der SW sowie der Rat der Stadt Witten nahezu einstimmig eine von Bürgermeisterin, Frau Leidemann, angestrebte Fusion der SW mit der Stadtwerke Herne AG ab.

Doch nicht etwa deshalb, weil durch die Verschmelzung zu einer neuen Aktiengesellschaft (AG) der nächste Schritt zur Privatisierung vorgenommen worden wäre nicht mehr mit dem Ziel des Versorgungsauftrags, sondern der Gewinnmaximierung für die Aktionäre.

So wurde, außer von *AUF Witten*, von **niemandem** argumentiert, obwohl doch die SPD so gegen die Privatisierung zu Felde zieht. Müssen sich die Stadtwerke-



kollegen, die von der SPD zu einer Demonstration gegen die Privatisierung der Stadtwerke mobilisiert wurden, nicht hinter Licht geführt vorkommen, angesichts solcher Fusionsabsichten?

Die eigentlichen Hintergründe für das Scheitern beleuchtet (ungewollt?) der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Herne AG in einem öffentlichen Zeitungsartikel: beim Scheitern der Fusionsverhandlungen hätten die Arbeitnehmervertreter der SW eine **"sehr große"** Rolle gespielt.



Dazu muss man wissen, dass nicht der kleine Angestellte im Aufsichtsrat der Stadtwerke vertreten ist, sondern Leute, die einiges an Privilegien zu verlieren haben. Von sechs Vertretern haben fünf das SPD-Parteibuch. Davon sind zwei Abteilungsleiter mit Personalführungsaufgaben und einer ist Meister, außerdem gehört der Betriebsratsvorsitzende und sein Stellvertreter dazu. Sie werden unabhängig von ihrer Ausbildung nach dem Tarif TV-V 13 bezahlt, das sind rund 65.000 € im Jahr.

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

43 Annen Mitte West: Tina Frey ♦ 44 Annen Mitte Ost: Peter Spyryka

45 Annen Süd/Borbach/Holzstraße/Hohenstein: Heinz Günther Riwozki ♦ 51 Rüdighausen Nord: Daljit Nar ✎

Fortsetzung von Seite 8

System VW?

Wir haben schon mehrfach die Frage gestellt, ob hier ein System VW wirkt, abgesichert über eine Bezahlung, die man im öffentlichen Dienst nur als Akademiker erhalten kann. **Das betrifft nicht nur einzelne Personen, sondern die gesamte Führungsstruktur.** Man muss davon ausgehen, dass in einer künftigen fusionierten AG die bisherigen Privilegien nicht mehr in der gewohnten Weise zur Verfügung gestanden hätten. Alle anderen für das Scheitern angeführten Gründe waren entweder von Herne dementiert worden oder hören sich geradezu peinlich an.

So wurde "befürchtet", bei Übergang der SW in eine AG würde der Rat der Stadt Witten seine Einflussnahme auf die SW merklich verlieren. Ist das nicht unglaublich? **Nach 11-monatigen Verhandlungen und der Ausgabe von ca. 750.000 € für ein Gutachten gelangt die angeblich sachkompetente Verhandlungskommission mit Bürgermeisterin Sonja Leide-mann und SPD-Fraktionsvorsitzendem und Stadtwerke-Angestellten Thomas Richter zu einer Erkenntnis, die von Anfang an klar war. Wenn man den Einfluss des Rates behalten will, darf man keine AG gründen.**

Dabei gibt es Alternativen. Warum sucht man nicht den Zusammenschluss mit den "Rebellen" der Rekommunalisierung? *AUF Witten* ist Teil einer bundesweiten überparteilichen kommunalen Bewegung mit entsprechenden Kontakten. Eines der gemeinsamen Ziele ist ein **alternativer Städtetag**, wo auch solche Fragen wie die kommunale Versorgung besprochen werden.

Hauptprobleme Transparenz und Kompetenz

Neben der mangelnden Transparenz der Preis- und Geschäftspolitik zeigt sich auch eine nun für jeden offenbar fehlende Kompetenz der gesamten Führungsetage. Nach Platzen der Fusionsverhandlungen hat auch die bisherige Geschäftsführerin die SW zum 31.01.2009 verlassen müssen. Eine Verlängerung des Geschäftsführervertrages wurde bereits Mitte 2008 vom Aufsichtsrat SW abgelehnt. Eine dadurch bedingte allgemein übliche Nachfolgesuchung aber schlichtweg unterlassen. So musste im Dezember 2008 im Eilverfahren als Übergangslösung zum

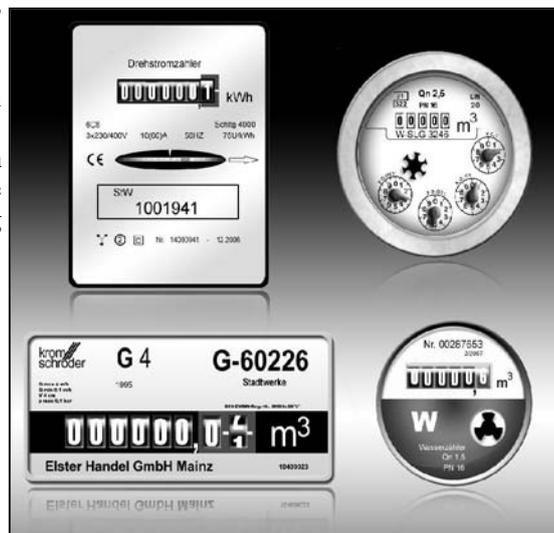
01.02.2009 ein bereits seit ca. 1 ½ Jahren pensionierter ehemaliger Vorstand der Stadtwerke Herne AG als Geschäftsführer der SW engagiert werden.

Nach eigener Einschätzung des Aufsichtsrates ist für diese befristete Übergangslösung kein einziges Mitglied der Geschäftsführung geeignet, obwohl sie bis zu rund 100.000 € Jahresgehalt erhalten. Weder einer der drei Prokuristen noch der Justitiar und Assistent der Geschäftsführung.

Die Preise könnten günstiger sein

Angeführte Missstände, fehlende sach- und fachkompetente Führungskräfte sowie fragwürdige Aufwandsposten in Bilanzen der SW gehen zwangsläufig in die Kalkulation der Energie- und Wasserpreise ein und erhöhen den Druck auf die Stadtwerke durch günstigere Angebote der Konkurrenz. Somit ist ein kleiner privilegierter Personenkreis mitverantwortlich dafür, dass es den Stadtwerken so schlecht geht.

Zum 01.01.2009 wurden die Strompreise wieder erhöht. Die Gaspreise im Vergleich zu anderen Anbietern zum 01.04.2009 verhältnismäßig gering abgesenkt.



Zum 01.03.2008 hingegen wurde der Grundpreis für einen Wechselstromzähler bei Einsatz in Treppenhausbeleuchtungsanlagen von 29,95 € auf 81 € angehoben.

Diese völlig inakzeptable Erhöhung trifft vor allem Mieter mit geringem Einkommen bzw. spärlicher Rente in Mehr-

familien-Sozialwohnungsanlagen.

Dabei forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Richter im vergangenen Jahr gar die Einführung eines Sozialtarifes für Mitbürger mit geringem Einkommen – ein wie man sieht rein populistischer Auftritt.

Wirksame Kontrolle – AUF Witten stärken!

Es ist eine Tatsache, dass **alle von den Ratsparteien als Mitglieder des Aufsichtsrates bestimmten Personen, ob aus der SPD, von der CDU, den Grünen oder der FDP**, über alle Missstände vollständig informiert waren und auch aktuell sind. Dennoch wurde nichts geändert und der Karren in den Dreck gefahren.

Für diese Parteienvertreter, die jetzt wieder gewählt werden wollen, scheint der Artikel 14 des Grundgesetzes "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" völlig unbekannt zu sein. Zumindest erstreckt sich ihr Verständnis davon nicht auf ein Eigentum, das eigentlich dem Wittener Bürger gehört.

Dieses "Kontrollgremium" hat auch keine Hemmungen, sich jährlich auch noch einen pauschalen Aufwandsbetrag von ca. 42.000 € zu genehmigen, weit mehr als vergleichbare Aufsichtsräte.

Dieser weitere Missstand sollte **die Anforderung eines überparteilich engagierten Personenwahlbündnisses wie AUF Witten** unterstreichen. Um aber im Rat der Stadt Witten wirkungsvoll Stimme und Gehör zur Durchsetzung bürgerschaftlicher Interessen zu erlangen, bedarf es einer entsprechenden Anzahl von Ratsmitgliedern.

Die von *AUF Witten* aufgestellten Kandidaten haben sich freiwillig auf Grundsätze verpflichtet, nach denen sie rechenschaftspflichtig sind, Privilegien ablehnen und sich als Sprachrohr all derer verstehen, die für ein lebenswertes Witten mit einer Zukunft für die Jugend eintreten. Sie sind auch bereit, sich abwählen zu lassen, wenn sie diesen selbstgewählten Prinzipien nicht mehr entsprechen sollten.

Sie, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, haben es in der Hand, bei der Kommunalwahl 2009 eine solche neue politische Bewegung zu stärken und selbst dabei mitzumachen.

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

61 Bommern West: Markus Freiburg ♦ 62 Bommern Ost: Renate Dietze

71 Heven Südwest: Melitta Banze ♦ 72 Heven Mitte: Joachim Fricke ♦ 73 Heven Ost: Gregor Duve ↗

AUF geht's!

Von Renate Dietze – Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Die Mitglieder des **A**lternativen, **U**nabhängigen und **F**ortschrittlichen Wahlbündnisses hatten am 25. Januar wieder eine Versammlung. Eine Versammlung von besonders gewichtiger Art: wir wählten die Kandidaten für die Kommunalwahl im Juni dieses Jahres. Jawohl, für jeden Wahlbezirk einen, also 25 an der Zahl. Eine stolze Zahl! Der erste Wahlgang dieser Bürgerorganisation war auf Anhieb erfolgreich. Warum?



Weil schon vor fünf Jahren die Wittener erkannt hatten, dass die Politik an ihnen vorbei bzw. über ihre Köpfe hinweg gemacht wurde. Da half nur, eine **alternative** Politik zu fordern. Das heißt: **selber-mit-reden, aktiv** teilnehmen. Und so wählten sie *AUF Witten* und Achim Czulwick wurde Mitglied des Stadtrates.

Politik von unten

Seitdem demonstrierten wir Politik von unten, deckten verlogene Wahlversprechen auf, unterstützten demokratische Bürgerbewegungen und prangerten undemokratische Entscheidungen des Stadtrates an. *AUF Witten* rief auch die Wittener Montags-Demo ins Leben. Außerdem machten wir zu einigen Wittener Problemen konkrete Vorschläge: zur angespannten ökologischen Situation und ebenso zum schwierigen Verkehrsproblem wurden Positionspapiere erarbeitet.

Doch sie hatten nie eine Chance, im Rat erörtert zu werden, weil die Geschäftsordnung es verhindert! Sie

schreibt vor, dass eine Organisation erst dann Anträge auf die Tagesordnung stellen kann, wenn sie **mindestens zwei** Mitglieder im Rat hat. Eine ausgeklügelte Bremse, denn das bedeutet, Achim Czulwick kann bei Beschlüssen der Stadt nur abstimmen.

Städtische Maßnahmen werden nur dann von den Einwohnern mitgetragen und gutgeheißen, wenn sie mitentscheiden können. Doch viele machen ein Kreuz auf dem Stimmzettel und lassen die Gewählten dann ein paar Jahre machen...

Hallo Wittener:

Politik von unten geht anders!

Unsere Kandidaten haben sich bereit erklärt, Sprachrohr der Wittener zu sein. Damit das funktioniert, müssen Wähler und Gewählte in ständigem Austausch bleiben. Nur so werden die Anliegen der Bürger bekannt und kommen zur Sprache!

Auch in dieser Versammlung gab es Mitgliederzuwachs. Und die Nächste ist schon am 27. Februar im Hotel Specht um 19 Uhr. Wir sind viele - wir brauchen noch viel mehr.

AUF geht's! in die zweite Runde!

Unsere Kandidaten zur Kommunalwahl sind folgende Selbstverpflichtung eingegangen:

1. Wir arbeiten auf der Grundlage der Grundsätze und Ziele von *AUF Witten* und entwickeln Eigeninitiative und Einsatz, um unsere Arbeit kompetent und überzeugend zu machen.
2. Wir arbeiten außer für unser parlamentarisches Mandat in der praktischen Arbeit von *AUF Witten* und nehmen an den Vorbereitungstreffen für Mandatsträger teil.
3. Wir legen regelmäßig Rechenschaft über unsere Arbeit vor der Mitgliederversammlung von *AUF Witten* ab
4. Wir arbeiten uneigennützig, lehnen alle Privilegien und persönlichen Vorteile ab. Wir spenden Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für *AUF Witten* oder gemeinsam festgelegte Projekte.
5. Wir sind offen für Vorschläge und Kritiken und sind aufgeschlossen für die Einbeziehung anderer in die Arbeit.



Direktkandidaten von *AUF Witten* zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

81 Herbede Ortskern: Anke Suttrop ♦ 82 Vormholz: Bernd Fieth ↗

Solange die Politik ungerecht ist, gibt es Widerstand

Von Ulrich Wagner – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Die Montagsdemonstration gibt es seit über 4 ½ Jahren in ganz Deutschland. AUF Witten rief sie in Witten damals ins Leben aus der Überzeugung, dass Hartz IV ein einziger Angriff auf die Lebenslage der Menschen ist und deshalb dieses Gesetz ohne Wenn und Aber weg muss. Auch ist die Montagsdemo ein tolles Beispiel für eine Form der Demokratie, wo wirklich alle Menschen mitbestimmen und mitdiskutieren können.

Die Hauptkritik der Montagsdemo bezieht sich schon länger nicht mehr nur auf das Hartz IV Gesetz, sondern immer mehr auf die Frage, ob diese Gesellschaft überhaupt menschenwürdig ist. Treffend, wenn auch anders gemeint, äußerte Guido Westerwelle (FDP), Geld sei genügend da, nur an der falschen Stelle.

Das 500 Mrd. Euro Paket für die Banken zeigt, dass es offensichtlich Geld im Überfluss gibt. Das zuletzt beschlossene „Konjunkturpaket II“ der Bundesregierung scheint nun sogar ein Paket zu sein, dass den Menschen und den Kommunen zu Gute kommt. Von wegen, denn jede Kommune, die diese Gelder in Anspruch nehmen will, wie etwa für Schulsanierung und Straßenbau, muss einen Teil selbst aufbringen, was wiederum bedeutet, bei den Banken Kredite aufzunehmen und die Verschuldung zu Gunsten der Banken weiter voranzutreiben.

Lehrkräfte, Ausbau der Arbeitsplätze in den Städten, usw. sind bei diesem Konjunkturpaket noch nicht einmal vorgesehen. Wir Menschen sind doch nicht wertlos, dass uns alles genommen werden muss!

Arbeitslosigkeit kein Zufall

Eine wirkliche alternative zu den Krisenpaketen der Bundesregierung ist die gesetzliche Einführung einer 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, die über 6,5 Mio. Vollzeitarbeitsplätze auf einen Schlag schaffen würde. Insbesondere in der aktuellen Weltwirtschaftskrise wäre das eine wirklich gute „Krisenhemmende“ Maßnahme, weil die Kaufkraft dadurch gesteigert würde. Und anstelle von Hartz IV müsste eine Sozialhilfe stehen, von der man wirklich leben und am Leben teilnehmen kann. Das sollten dann nicht mal nur 351 Euro sein, sondern mindestens doppelt so viel.

Aber offensichtlich sind die Herren da oben daran interessiert, die Arbeitslosigkeit möglichst hoch zu halten, um die Löhne weiter drücken zu können, nach dem Motto: „Seid froh, dass ihr überhaupt noch Arbeit habt oder wollt ihr Hartz IV?“

Wir müssen unsere Sache schon selbst in die Hand nehmen und selber Politik machen. Die Montagsdemo und AUF Witten fordern alle auf, die mit dieser Politik nicht mehr einverstanden sind, sich an der Montagsdemo zu beteiligen, gerade jetzt in Krisenzeiten! Politik machen können wir, weil wir mitten drin im Leben sind!



Gemeinsam sind wir stark!

Was die Montagsdemos bereits jetzt bewirken können, hob die Witten Aktuell in einem Artikel vom 3. Januar 2009 in Bezug auf die letzte Montagsdemo im Dezember 2008 hervor:

„Stellvertretend für den Geist, der die Montagsdemonstrationen prägt, wurde bei der letzten Versammlung ein offener Brief eines Kollegen verlesen, der es mit tatkräftiger Hilfe der Montagsdemonstration Hannover geschafft hat, dem Schicksal der Obdachlosigkeit zu entrinnen. Sein Fazit: „Auch wenn die Situati-

on noch so schwierig ist, sollte man sich seinen Freunden anvertrauen. Nur gemeinsam war es möglich, diese Situation zu meistern.“

Das ist auch das Motto der Montagsdemo Witten, hier konnten sich viele neue Kraft für ihren Kampf holen und erfolgreich bestehen.“

Selber Politik machen kann jeder!

Was also ist erst möglich, wenn noch viel mehr Menschen als bisher auf die Straße gehen, Freunde mitbringen und

für ihre Interessen eintreten? Wir haben doch nichts mehr zu verlieren, sondern einiges zu gewinnen!

Für AUF Witten sind die hier genannten Gründe nur ein paar wenige, um zur Kommunalwahl anzutreten. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Wahlkampf in Angriff nehmen und ihn als Startschuss nutzen, nicht nur zu den Wahlen aktiv zu werden, sondern dauerhaft. Nur wenn wir einen langen Atem haben und unsere Interessen in die eigene Hand nehmen, dann können wir die Verhältnisse zu unseren Gunsten verändern.

Machen Sie mit bei der Montagsdemo und in AUF Witten, denn Politik machen kann jeder!

Direktkandidaten von AUF Witten zur Kommunalwahl am 07.06.2009:

83 Durchholz/Bommerholz: Heike Robert ♦ 84 Buchholz/Kämpen: Roswitha Gehring

Für eine echte Alternative!

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 7. Juni 2009 sind Kommunalwahlen in NRW, auch in unserer Stadt. Eine Gelegenheit, bei der alle Bürgerinnen und Bürger entscheiden können, von welcher Partei sie künftig vertreten werden möchten. Überlegenswert, vielleicht auch als Chance oder Alternative zu sehen, das Vertrauen im überparteilichen Personenwahlbündnis *AUF Witten* zu suchen. Denn dort wird versucht eine Politik zu gestalten, die sich auf die Belange und Notwendigkeiten der Menschen stützt. Dabei möchten wir nicht stellvertretend agieren, sondern alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, aktiv das politische Geschehen mitzugestalten.

Wenn *AUF Witten* bei der Kommunalwahl **Fraktionsstärke** erreichen würde, hätten wir außer dem **Recht auf eigene Anträge** im Rat auch in den **Ausschüssen mehr Einfluss**. Bisher wurde unser einziger Ratsvertreter Achim Czulwick oftmals ausgebremst und die Anträge von *AUF Witten* nicht einmal zur Diskussion angenommen, obwohl wir in den vergangenen fünf Jahren eine Politik mit einer klaren Ausrichtung an den Interessen der Wittener Bevölkerung entwickelt haben. Die Redebeiträge, Anfragen, Anträge und Stellungnahmen sind auf unserer Homepage www.auf-witten.de dokumentiert.

Wir haben mit unserer Bündniszeitung *Witten im AUFbruch* planmäßig unsere Informations- und Aufklärungsarbeit ausgeweitet, sie erscheint seit Jahren alle drei Monate, an ihr arbeiten immer mehr Menschen aktiv mit.

Alle vier Wochen in der Innenstadt und sporadisch auch in Außenbezirken sind wir an Informations-Ständen für die Bürgerinnen und Bürger präsent.

Daran zeigt sich unsere besondere Wertschätzung am persönlichen Gespräch. Nicht nur im Wahlkampf, son-

dern kontinuierlich über fünf Jahre haben wir aufgegriffen, was Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, auf der Seele liegt und politisch umgesetzt.

Zu verschiedensten Themen haben wir in **Bürgerforen** Gelegenheit zur Diskussion und Information gegeben und haben mit **Flugblättern und Leserbriefen** Stellung bezogen und aufgeklärt: Umweltschutz, alternative Energiegewinnung, Widerstand gegen Privatisierung, für Stadtwerke mit qualitativ guter und preisgünstiger Versorgung, für den Erhalt von Schulen und gegen Personalabbau als untaugliche Methode zur Schuldenreduzierung. Dagegen wurden wirkliche, wenn auch ungewöhnliche Alternativen und Finanzierungsmodelle aufgezeigt wie das Zinsmoratorium.

Jetzt wo der Wahlkampf in die heiße Phase rückt, werden die Menschen mit himmelhochjauchenden Absichtserklärungen umworben, und über den politischen Gegner wird wohl wieder so mancher Dreckkübel geschüttet.

Doch in seltener Eintracht versucht die etablierte Politik seit Jahrzehnten nur, Schlechtes etwas weniger schlecht



zu machen - und am Ende wurde es meistens noch schlechter als zuvor.

Daran wird sich *AUF Witten* nicht beteiligen. Wir brauchen eine echte Alternative, und die beginnt schon damit, wie überhaupt Politik gemacht werden soll: durch angebliche Stellvertreter oder durch Eigeninitiative?

Die von der Ratsmehrheit ignorierten Bürgerentscheide sollten jedem vor Augen führen, dass wir nur stark sein können, wenn wir uns um uns selbst kümmern. Für eine solche alternative, unabhängige und fortschrittliche politische Bewegung in unserer Stadt wollen wir Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, motivieren.

Nutzen sie die Ihnen gebotene Chance bei der Kommunalwahl 2009!

Ihr *Gregor Duve*

► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Samstag, 04. April 2009: 11 - 13 Uhr
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Freitag, 01. Mai 2009:
Mai-Kundgebung des DGB, Rathausplatz

Freitag, 27. Februar 2009 Themenabend Wahlkampfplanung
um 19 Uhr im Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:
Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de
Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de